

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Besten aus Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Berkaerstraße 14.

Einzelpreis: 10 Pf. für den vom 1. März und April: 70 Pf. im Zeitl. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Berkaerstraße 14. Tel. (Roh.) 21045, (Roh.) 21047, (Roh.) 22251. Telegramm: Klassenkampf Halle. Redaktion: Gommers- und Kottbus-Str. 14. Verlagsort: Leipzig 1928 48 Fritz Kreis, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 10. Januar 1928

8. Jahrgang + Nr. 8

Was zahlt die SPD. für Ministerjessel?

Die SPD. ermöglicht Schulgesetz und Konkordat — Das Proletariat für den Sturz des Bürgerblods

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. Januar.

Die schwarze Schulreaktion ist sich einig. Das Schulverfassungsgesetz wird durchgepeitscht. Die SPD. arbeitet dem Bürgerblods demütig und planmäßig in die Hände. Sie muß die Arbeiterschaft täglich bestärken, weil sie selbst in Preußen vor dem Abschluß eines Konkordats steht.

Ermöglichung des Reichsschulgesetzes und Abschluß des preussischen Konkordats, das ist einer der Punkte, den die SPD. auf Kosten der Arbeiterschaft für ihre preussischen Ministerjessel und für die Hoffnung auf eine fünfjährige Koalition im Reich jagt.

Die Klassenemühte Arbeiterschaft, besonders die Freidenker, dürfen sich auf keinen Fall durch den sozialdemokratischen und volksparzellischen Schwindel von den angeblichen „großen Gegenläufern“ täuschen lassen. Die Diskussion im Bürgerblods geht lediglich um die Kleinigkeit, welche fruchtlose Stellung die Schulpolitik ausüben soll. Das an dieser geringfügigen Frage der in allen Grundrissen einig Bürgerblods auseinanderfallen wird, können nur bewußte Betrüger behaupten.

Gestern fand unter dem Vorhiss von Kaudell eine „private Beratung“ mit Vertretern sämtlicher Bürgerblodsparteien statt. Der Vorsitz der deutschen Zeitungsorganen erklärt heute offiziell über diese Sitzung:

„In den Kreisen der Regierungsparteien beurteilt man die Ansicht auf eine Einigung über die Streitfrage des Reichsschulgesetzes optimistisch und erwartet, daß diese Einigung in wenigen Tagen vorliegen wird.“

Der heutige „Vorwärts“ magt zum erstenmal seine täglichen Klagen vom Auseinanderfallen des Bürgerblods durch das Reichsschulgesetz nicht mehr zu wiederholen. Er zerrt auch nicht mehr Gewand, sondern stellt klar, dessen Arbeit hinter den Rücken bekannt ist, in den Vordergrund.

Die „Vollstreckung“ schreibt gleichfalls:

„Auffallend ist, daß der Fraktionsführer von Guesard offenbar nicht eine ganz andere Politik vertritt, als Reichstagsführer Marx, der auffallend im Hintergrund bleibt. Die offiziellen Stellen versichern, daß das erstrebte Schulgesetz zu den besten Teilen und in einem vollen Umfang in der Zusammenfassung der Reichstagsparteien ist das durchaus möglich.“

Das heutige „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Die Deutsche Volkspartei hat zwar beteuert, daß sie auf ihrem Standpunkt beharre, daß glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht, daß sie fest bleibt.“

Der heutige „Vollstreckung“ stellt die Einigung der Regierungsparteien fest und schreibt:

„Sollte indes das Reichsschulgesetz an den nachträglichen Einbeziehungen in der Reichstagsfrage scheitern, so würde dadurch eine Koalitionserklärung gänzlich gegeben sein.“

Die Arbeiterschaft kann also klar sehen: Die schwarze Schulreaktion konzentriert alles auf Abschluß. Der Geheimhalt des Bürgerblods, von dem die kommunistische Presse als erste und einzige die Arbeiterschaft unterrichtet, ist eine Tarnschicht, die durch keine sozialdemokratischen Klagen aus der Welt geschafft wird. Das Schulgesetz soll durchgepeitscht, die Statistikerin soll in Angriff genommen werden. Der Bürgerblods soll alle Wünsche erfüllt erhalten. Er bleibt, auf ausdrücklichen Wunsch der sozialdemokratischen Führer, die das wiederholt im sozialdemokratischen Presseblatt forderten, weiter am Ruder. Von Reichstagsauflösung ist keine Rede mehr. Es magt heute keine ernsthafte ernsthafte Zeitung mehr zu lügen.

Jetzt haben die Arbeiterorganisationen und die Betriebe das Wort. Ein Protestkamm muß entsandt werden gegen die Bürgerblodsregierung und ihre verlogenen Soldatenscheiter, die Führer der Masse-Partei. Unter der Fahne der kommunistischen Partei müssen sich die Massen sammeln zum Kampf gegen den Bürgerblods Reichstags und zum Sturz der Bürgerblodsregierung.

Bureau Luther,

der außerparlamentarische Klub des Bürgerblods

Der Aufruf des Bundes zur Erneuerung des Reiches“ hat in der ganzen Presse ein breites Echo gefunden. Die grundsätzliche Zustimmung ist allerdings bei Demokraten, Zentrum, aber auch bei der Volkspartei von einem köstlichen Bitternis getrübt. Die Gründung des Bureau Luther steht, wie der Name schon sagt und wie die Wahl des Vorsitzenden beweist, am nächsten dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen. So kann man selbst in der „Täglichen Rundschau“ lesen, daß bei einem Zusammenstoß, wie dem vorliegenden, sich gewisse Gezeiten vorliegen, „weil man in dem Bestreben, eine gemeinschaftliche Linie herauszuarbeiten und die Überprüfungen

ihonend auszugleichen, nur schwer zu einem klaren Programm kommen kann, das allen der Erneuerungsbund schrittweise zu machen vermag.“ Noch ein wenig unfreundlicher drücken sich Zentrumseute und, versteht sich, die tapferen Demokraten aus.

Am allerunfreundlichsten aber stellen sich die Reichslisten dem Erneuerungsbund gegenüber. Es ist klar, warum. Der Erneuerungsbund, das ist die eigenliche Konkurrenz. Deshalb schreibt beispielsweise der „Jungdeutsche“ zum Bureau Luther:

„Dieses neue „Bureau Luther“ zeigt, daß die großen Verbände und Kongresse der Wirtschaft, nachdem sie ihre eigene Nationalisierung durchgeführt haben, nun daran gehen, auch den Staat nach ihrem Willen zu rationalisieren. Der Parlamentarismus haben sie sich auf dem Wege über die Parteien bereits dienstbar gemacht und setzen nun darüber noch einen geschicht aufgebauten, außerparlamentarischen Klub.“

Die jungdeutschen Brüder hätten gar zu gerne gelesen, daß sie allein den „außerparlamentarischen Klub“ der Bourgeoisie befehligten. In seinem Vorgesicht spricht der „Jungdeutsche“ ziemlich unerschrocken aus, daß der außerparlamentarische Klub die Konsolidierung einer Art obersten Klassenregierung ist, die sämtlich wie im alten imperialistischen Staat des Oberbaus, den entscheidenden Einfluß auf die Politik des Staates der Truppenbourgeoisie ausüben soll.

„Man muß den Bestrebungen des Bureau Luther denn kritisch gegenüberstehen, wenn sie dazu führen, den großen Kongressen noch mehr politische Macht im Staat zu verschaffen, als sie heute schon auf dem Wege über den Reichstag besitzen. Man weiß, daß in den Kreisen, die Reichstagsleiter a. D. Luther nahesteht, viel von einem neuen Oberhaus gesprochen wird, das sich auf den großen Verbänden der Wirtschaft aufbaut und den Staat kontrolliert.“

Der „Jungdeutsche“ ist mit Recht beunruhigt über die Tatsache, daß die Geschäftlichkeit der Großbourgeoisie wenigstens in der gegenwärtigen Entwicklungsphase die Benutzung auch der geklärten Reife des sozialistischen Banditentums gestattet und, mit Ausnutzung der demokratischen Mittel, schließlich die brutale Klassenpolitik führt und eine noch brutaler vorbereitete. Was selbst der „Jungdeutsche“ erkennt, sieht allerdings der Sozialdemokratie verbergen. Der „Vorwärts“ ist höchst ängstlich, daß Herr Luther sich als kommender Bürgerblodsführer präsentiert. Herr Luther hat beifolgend den Reaktionsführern sämtlich die falsche Schmeichelei gesagt. Das hindert allerdings die Sozialdemokraten, Weiss, Oberbürgermeister von Magdeburg usw., nicht, den Klassenverrat soweit zu treiben, daß sie sich als Ehrenmitglieder proletarischer Parteien in den lauberen Klub eintragen lassen und dem Wunsch der Großbourgeoisie die Möglichkeit geben, seine Schandorganisation als überparteiliche Einigung vor den Massen zu präsentieren.



Von der Explosionskatastrophe in Dahlem

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Jahre 1927

Stellt zwischentarifliche Lohnforderungen!

—e. Halle, 10. Januar.

Wir sind mit einem hallischen Ingenieur, der in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ einen Artikel über „Fortritte im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ veröffentlichte, der Meinung, daß das Jahr 1927 für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau charakterisiert wird durch den Oktober-Streik. Dieser kurze Kampf hat aber nicht in erster Linie „die auseinanderstrebende Politik“ des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers, wie der Herr Ingenieur meint, aufgezeigt, sondern er hat für die Arbeiterklasse Gelegenheit vermittelt, die mit verhaltenem Jörn in folgenden Sätzen von dem Kritischschreiber festgehalten werden:

„Die Durchführung des Streites leitete der Arbeiterorganisationen hatte in organisatorischer Hinsicht gegenüber früheren Streiks außerordentliche Fortschritte zu verzeichnen. Diese erstreckten sich auf die größere Akkumulation technischer Mittel bei der Durchführung des Streiks, auf eine vorzügliche Bearbeitung der öffentlichen Meinung und auf die sehr wirksame Durchführung eines psychologischen Textes (!?), der sich im allgemeinen von Gewalttätigkeiten freihielt. Wirkungsvolle Unterstützung erzielten die Streikenden auch von den sozialistischen Konsumantinnen. Der Oktober-Streik hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Konsumantinnen als zweite Linie der Gewerkschaften in Arbeitskampf auftreten. Das starke Umschlagreifen der Konsumantinnenbewegung muß deshalb vom Arbeitgeber im Bergbau in Zukunft aufmerksam verfolgt werden.“

Wir registrieren heute nur diese Zitate, die nur mit Mühe die gewaltige Kampfkraft der Bergarbeiterschaft zu verbergen versucht und die uns zwischen den Zeilen die blasse Furcht der Bourgeoisie vor planmäßigen, gut vorbereiteten offenen Kämpfen der Arbeiterschaft erkennen läßt. Damit wird von Unternehmenseite geradezu bestätigt, daß ein Lohnkampf, in dieser Form — mit den Mitteln des Streites — geführt, die stärkste Waffe des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist.

Was dieser Herr aber zu übersehen versucht, das ist einmal die Frage, wer denn nun wirklich für diese außerordentlichen Fortschritte in der Streikführung gesorgt hat und ob der für die Arbeiter günstigen Streikfolge das magere Kampfergebnis, der Schiedsspruch, entschlossen hat. Auch verweigert er möglicherweise die Früchte, die im Schiedsspruch den Unternehmern zugestanden sind, z. B. die lange Tarifzeit. Bekanntlich wurde der offene Kampf von der feigen reformistischen Gewerkschaftsbureaufraute nur unter dem Druck der Gewerkschaftsopposition aufgenommen und bei der ersten Gelegenheit mit einem faulen Schiedsspruch verraten. Die Feststellungen des Ingenieurs beweisen ebenfalls die Richtigkeit unserer Kampfrategie und sollten besonders den Metallarbeitern, die kurz vor einem Lohnkampf stehen, zu denken geben.

Der Kritischschreiber beschäftigt sich dann besonders mit der Kleinigkeit der Kohlepreiserhöhung, die besonders die letzte, wenn auch geringe Lohnsenkung notwendig denn je gemacht habe. Dann geht er über zur Feststellung der Produktions- und Rationalisierungsergebnisse, aus denen wir sehen werden, ob das Verlangen der Bergherren nach Kohlepreiserhöhung wirklich „berechtigt“ ist. Nach seinen Angaben hat sich im Gebiet des Deutschen Braunkohlenindustrievereins eine Steigerung der Produktion von nahezu 7 Prozent (von 95,6 auf 102,2 Millionen Tonnen) ergeben. Diese ist hauptsächlich auf die Steigerung der Tagesausbeute zurückzuführen, die von 80,5 auf 88,3 Millionen Tonnen stieg, während die Tiefbauförderung von 15,1 auf 13,9 Millionen Tonnen zurückging. Die Bruttoherstellung nahm um 5 Prozent zu und die Kohlerzeugung um 1,6 Prozent. Wir sehen also, daß die gute Konjunktur des Jahres 1927 sich auch außerst günstig auf den Braunkohlenbergbau ausgewirkt hat. Und das wird abgelesen.

Die Produktionssteigerung wurde durch scharfe Rationalisierungsmaßnahmen bewirkt, die, wie man behauptet, die Belastungen des Bergbau durch Lohnerhöhung usw. aber nicht auszugleichen vermocht hätten. Aber schon die hier gemachten Angaben widersprechen dieser Behauptung. So ist zum Beispiel auf der Grube Otto-Tannenbergr im Geselst ein Stundenlohn von 650 Kubikmetern hat. Diese Maßnahme ergibt eine Ersparnis gegenüber den Sandstein von 65 Prozent an Arbeitskräften und etwa 30 Prozent an Ges

Bitterfeld-Wittenberg

Gedanken über 1928

Von einem Bitterfelder Arbeiter

Silvesterabend. — Das alte Jahr liegt in den letzten Tagen. Ich trete, mit meinem Koffergrammophon in der Hand, aus der Haustür. Ein eigener Nordwind schneidet ins Gesicht. Unwillkürlich beschleunige ich die Schritte und strebe dem naheliegenden Wittenberg zu. Dort will ich in veranderten Kreisen eine proletarische Silvesterfeier begehen. Auf dem Wittenberger Marktplatz begegnen mir einige vom Wobol unnebelte Boulognefischchen, Glöckchen, mit hübschen Kesseln jedes Möbel beladene, taumeln sie einher.

Ihr Erzherrliche proletarischer Arbeitermänner, Ihr habt keine Veranlassung, das neue Jahr mit offenen Armen zu empfangen. Das Todesurteil des mordenden Kapitals ist gesprochen. Das Proletariat wird es über kurz oder lang vollstrecken. Dann wird das Proletariat mit eiserner Faust Euch Bourgeois tödlich anzugreifen, das es aus ist mit Euren Luderleuten. Diese Gedanken über den Tag der Abrechnung hatten mich umfangen. Ich bin inzwischen an meinem Bestimmungsort angekommen. Die Zeit war vorgerückt. Einige Autos laufen in Windeseile dem Innern der Stadt zu, um ihren Passagier (effektive Arbeiter mit ihren hochhändigen Pässen) in Kaffeehäuser zu bringen. Für Minuten nur Witternacht. Die Genossin „Hausfrau“ freubet in einigen Biergläsern aus Johannisbeerwein gebrauchten Punsch. Jetzt verbinde die nahe Zukunft das neue Jahr. Glöckchenläut. Mein Grammophon läßt schmetternd die Internationale erklingen. Die Glocken verkünden. Ganz leise bringt ein Chor an unsrer Tür.

Ihr Feindschicksheuer! Ihr Volkverderber! Uns revolutionäre Proleten könnt Ihr mit Eurer Schwelgerei nicht betören. Im nächsten Augenblick überzieht der Rotgrünhosenmarsch das klägliche Gesicht der kirchlichen Pöbeln und ein donnerndes „Rot Front“ dröhnt über die Straßen.

„Lobe den Herren“ wimmert es weiter durch die Nacht. In nordwestlicher Richtung, dort wo die Chemiefabrik ihre Profitstöße beherrscht, rötet sich der Horizont und plötzlich scheint die ganze Welt in Flammen zu stehen. Die Chemiefabrik lassen der wertvollen Bevölkerung ihren Rauchgasgruß anbieten. Sie verkünden für das Jahr 1928: Doppelte Rationalisierung und verstärkte Ausbeutungsmethoden. Wie die Herren der Welt! (dreht es aus dem Rot der Rotgrünhosen) Drohen erheben sich unsere Häute: Glende Ausbeuterkrall! Flammendes Gestoh!.

Die Klassenbewußten Arbeiter geloben zum neuen Jahre den Kampf gegen Euch zu verstärken und durchzuführen bis zum siegreichen Ende.

Die Invaliden erhalten Reibekünder

aus der Mittelbesammlungen

Am Donnerstag, den 5. Januar, stattgefunden Generalversammlung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen. Die Tagesordnung war noch länger Zeit wieder einmal gut besucht. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Tagesordnung bekannt, gedachten die Mitglieder eines ihrer verstorbenen Kollegen, indem sie sich von den Wägen er bedanken. Der Redner berichtete, daß ein guter Bestand vorhanden ist. Auch der Geschäftsbericht des vergangenen Jahres kann als gut bezeichnet werden. Er zeigte sich, daß die Mitgliedschaft immer mehr Anträge stelle, die von der Organisation durchgeföhrt werden. Es zeigte sich auch trefflich das Geschäft des Jahres, was man am liebsten mit dem Kennern und verschiedenen anderen Organisationen verhandelt, als mit dem Zentralverband der Invaliden.

Unter Punkt „Eingänge“ war die Mitgliedschaft erlaubt, daß der Gauangestellte des Verbandes, Karl Hübener in Halle, seines Amtes sofort entsetzt worden ist. Warum ersah man in dem Schreiben nichts über den Grund? Nicht es hier etwas nach Korruption? Kollege Schneider und Kollege Schöner, I. n. t., warum kommt man nicht heraus mit der Sprache? Die Ortsgruppe Bitterfeld verlangt Klärung. Oder wollt Ihr nicht heraus, weil es eine Größe von Eurer Organisation, der Sozialdemokratischen Partei ist. Wir verstehen schon. Kommunistischen Mitgliedern gibt man solch einen Posten nicht. Diese wirft man

Die Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

(Schluß)

Die Großindustrie in Verbindung mit dem Bankkapital läßt kein Mittel unversucht, um auch die Kommunen unter ihren Einfluß zu bekommen. Der größte Teil der Renten verwehrt daher den Gemeinden jeglichen Kredit. Sogenannte „Geldvermittler“ benutzen diese Situation, um glänzende Geschäfte zu machen. Unter falschen Vorwänden verdrängen sie die anliegebundenen Gemeinde, Gelder zu verschlingen. Hauptbedingung ist natürlich: Sofortige Festsetzung von Prozentsätzen. Kommt wirklich einmal eine Antiehe zustande, so lauten die günstigsten Bedingungen: 9 bis 10 Prozent Zinsen, bei einer Auszahlung von 80 bis 90 Mark. Das heißt: für je 100 Mark Schuldverschreibung werden nur 80 bis 90 Mark bares Geld ausgezahlt. Später kommt selbstverständlich noch eine „angenehme“ Provision für den Vermittler. — Ein Zeichen unzerstörlicher „habilen“ Geldvermittler.

Herr Czermann hofft weiterhin 200 000 Mark zinsloses Darlehen von der Industrie zu erhalten. Wenn diese 200 000 Mark zu irgendeinem nationalen oder städtischen Zwecke verwendet werden sollten, so könnte man diese Summe mit ihm teilen. Da aber nur 40 Prozent der Wohnungen neu gebaut werden sollen, muß man hinter diese Summe drei große Fragezeichen setzen. Als drittes sollen 200 000 Mark aus den laufenden Steuererträgen genommen werden. Es soll also der arbeitenden Bevölkerung unter dem Deckmantel des Wohnungsbaues eine ganz erhebliche

Steigerung der Gemeindefiskalen

ermächtigt gemacht werden. Man wird aus den breiten Massen neue Steuern herauspressen, damit der Bürgerstad-Magistrat Gelder zur Verfügung hat, um den Einkommen in der Bismarckstraße, genannt „Grennall“, bezahlen zu können und um der Großindustrie auch in diesem Jahre ein Geschenk in Höhe von 100 000 Mark als „Steuerrückzahlung“ zu veranlassen.

Nehmen wir nun trotzdem an, die vorgezeichneten Gelder wären zu beschaffen, so fehlen immer noch ca. 700 000 Mark an der Finanzierung von 200 Wohnungen. Diese Summe soll als Eigenkapital von den Bauherren aufgebracht werden.

Von diesen sind die Baugesellschaften und das Bankkapital. Die im vorigen Jahre erhaltenen Wohnungen sind zu 62 Prozent von den Baugesellschaften und zu 38 Prozent von privaten Bauherren errichtet. Finanziert wurden sie fast ausschließlich von der Stadt. Die in Bitterfeld bestehenden Bauvereine sind nach ihren eigenen Angaben dieses Jahr nicht in der Lage, die vorgezeichnete Summe auch nur annähernd aufzubringen. Im höchsten Falle ist es ihnen möglich, 2% Prozent, das sind 45 000 Mark, der Summe zu beschaffen. Die Stadt müßte dann selbst 75,5 Prozent zur Finanzierung

heraus aus dem Verbands, wie es im Magdeburger Bezirk geschehen ist. Es scheint sich zu himmen, wie ein Kollege sagt: „Überall rückt es nach Korruption bei den SPD-Großen.“ Darum muß man die Funktionen reinhalten von Kommunisten, damit diese Leute nicht liberal hinstehen können. Sonst könnte noch etwas mehr aus dem Kapital kommen. Im Punkte „Vorstandswahl“ blieb alles beim alten. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Im Punkte „Verbindungen“ gab der Vorstandsbericht, daß von der Mitgliederliste in der Liste noch viel übrig geblieben sei. Der noch etwas gebliebenen, soll sich auf dem Mitgliedschaftsabend melden. Auch hier ist es notwendig, daß man die Liste in die alten Leute geben will. Aber Ihr Herren auf dem Mitgliedschaftsabend, warum hat man denn die ersten Sachen an die Vaterländischen verteilt? Man sah verschiedene solcher Stellen, die noch nicht arbeitslos waren und viele flossen sich ein für die ganze Familie. Die ersten der Armen konnten sich die Immobilien etwas herausdienen.

Ein Kollege brachte unter anderem noch vor, daß die Mitgliedschaft mehr werden müßte für unsere Organisation und daß alle

Der stille Beobachter aus Remberg erzählt

Die Geschichte von einem „Helden“

Der Mohr hat seine Schuldbüchlein doch noch gar nicht getan. Ich wundere mich deshalb, daß er trotzdem geht. Mit dem Mohr ist diesmal der Hüter des Gesetzes in jenem kleinen Städtchen, wo die Gläubigen auf dem Marktplatz zur „Weihnachtsfeier“ geladen werden, gemeint.

Ich erinnere mich noch genau eines Einzigen. Fast zwei Jahre war das Städtchen ohne Hölzlinge gewesen. Keine rührende Hand hätte Hölzlinge und Holzbock, wenn ein Hund ohne Herrn, ohne Maulkorb oder Schutzmarke auf der Straße war, oder ein Hund ohne Glöckchen, Kette oder ohne Hundführer. Nicht hatten irgendwelche „Hölzlinge“ den Hölzlingen und ein idealer Verhältnisschwärmer umschloß die Bevölkerung, bis er kam.

Wie das Straßengestühl selbst, isolierte er einher. „Ich werde den Hölzlingen sehr Ordnung beibringen“, so sagte nicht nur seine Miene, sondern er hielt auch darüber.

Verträge am Schanztisch

wo er sich nebenbei viele Freunde erwarb. Ich weiß noch, wie er eines Samstags nach der Hölzlinge seinen Schlepplapp in die Zimmer eines Lokales stellte, um sich bequemer am Tischchen Spiel betätigen zu können. Damals suchte meine Hand des Mohr nach diesem Monstrum, um es einmal von der Seite des Trägers für immer zu verbannen. Heute weiß ich, daß ich ihm, dem Träger, viele Unheil erpart hätte, wenn ich dem Juden meiner Hand Vordruck verlesen hätte.

War irgendein festlicher Umgang im Orte, so marschierte er stets an der Spitze. Dabei fuhr stets seine rechte Hand nach dem Kopfe. Anfanglich dachte ich, er wolle damit andeuten, daß ihm da oben irgend etwas fehle. Da ich aber sah, daß die Passanten mit dem Mohr sehr zufrieden waren, wurde mir klar, daß es sein Gruß sein müßte. Dieser er muß doch ein gewaltiger Kopf gewesen sein, denn er bebaute also nur „zur Spitze“ angeheißelt sei.

Sein festlicher Umgang

ging indes sehr bald in Erfüllung. Eines Tages wurde er nämlich beleidigt und bedroht. Wie er es wahrheitsmäßig machte, die Bedrohung zum Tragen er sich auf seine zu erlangen, weiß ich nicht. Erzählt hat er jedenfalls, daß er auf genannte Drohung zum Schutz gegen den Freier die Berechtigung vom Magistrat erhalten hat. Seit jetzt aber, daß er sich in einem Gefängnis im Orte seinen Wut, diese Götter zu tun.

Man ging die Götterseite hin. Zuerst fragte er nachts hinter unbedeutende Redner her. Ob die Verhaftung so weit reicht? Ich habe gehört, daß sich manche Paragrafen wie ein Gummiband ziehen lassen, wohin man sie gerne haben will. Vielleicht war es hier der Fall. Der Mohr erzählte mir, daß er denn in die nächste Hölzlinge fuhr, „seil“ jurieren und die Tapferkeitsmedaille annehmen, indem verheißene, so als wäre sein Verhalten nicht richtig gewesen und hießen von ihm ab.

Sein großer Weisheitsweg

begann somit und er kann auf Vergehung. „Ich muß eine große Tat vollbringen, die Tapferkeitsmedaille aus der Kriegszeit muß

Veranlassungen so gut belacht werden müssen, wie diese. Auch gab Kollege Schöner bekannt, daß am 14. Januar die Kenntnis-Weihnachtsfeier von der Kommunistischen Partei veranstaltet wird, was alle Mitglieder sich schon jetzt ein Programm belagern können. Der Eintrittspreis ist so niedrig gehalten, daß jeder diese Feier besuchen kann.

Wittenberg. Es hätte mir Folgen eines Unglücks. Natürlich verunglückte ich am Freitagabend mittags auf der Straße nach Bitterfeld. Der Fahrer des Autos, der mich mit mir während der Fahrt absetzte. Dabei kam er zu Fall und wurde von dem Wagen überfahren. Er wurde dem Paul-Berger-Spital zugeführt und ist an den Verletzungen am Sonntag gestorben.

Sonabend. Motorradfahrer. Am Sonntagabend, kurz nach 6 Uhr, fuhr ein Motorrad aus dem Dorfe in Richtung Bitterfeld. Der Motorradfahrer D. aus Halbesbach mit seinem Motorrad. Er erlitt einen komplizierten Schädelbruch.

Remberg. Wastor Eble, Kollege, suchte Bekanntschaft bei Halbesbach. Hoffentlich will jener erfahren, was er nicht weiß. Die Mitgliederversammlung der SPD, Ortsgruppe Remberg, die am 11. Januar 1928, dem 11. Januar stattfindet, wird sich mit dieser hochwichtigen Angelegenheit beschäftigen.

ein Weissenkind gegen jenen Orden sein, den man mit ansetzen wird“, so sagte er sich.

Des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Ein Däne betete in östlich durchgehenden Seelenqualen die Götter eines Lokales. Was mit jenem Däne die Polizei abholt werden müßte, da sich niemand mit ihm verhalten wollte. Mit vereinten Kräften und mit viel heißer Luft brachte man endlich den Dänen in ein schwarzes Loch. Als der Mann lief, daß man ihn nicht, wie versprochen, zum Hause gebracht hätte, erwachte in ihm das tolle Weissenkind. Wund überhandelte er Tür und Mäure der Flure, so daß die Wachen nicht folgen konnten. Stimmen wurden laut, die Ruhe verlangten. Der Däne ließ sich nicht nieder und verlangte gebieterisch eine Weissenkind. Handbullen waren ihm nicht genug für das gefangene Tier. Alsbald drang man auf sich ein. Der Gefangene mußte aber wieder gemerkt haben und mit einem mausebnenfüß. Der Däne sah also mit seiner Schär wieder ab.

Kaum waren sie abgezogen, da fing der Krach von vorn an. Unser Däne lagte sich nun nicht unten, der Betrunkene muß bemerkt werden, damit die Nachtrübe im Orte eintröbe. Im Gegenteil. Er dachte er

Seine große Tat

und sagte nichts. Wie kann man dazu auch etwas sagen. Der Betrunkene ist groß und stark. Außerdem hätte man ihn mit Gift gefangen. Wer dem zu Leibe gehen wollte innerlich der Jelle, der mußte vorher sein Testament machen. So viel Tapferkeit darf man aber keinem „Helden“ zumuten. Wenn man ihn toben läßt, wird die Wachen nicht lange, kann keine er heraus, und vielleicht konnte man ihm denn noch hinter, wie bei den Rob-fahren, ein paar aufreihen. Ein paar müssen es als mindestens fünf, denn wenn es zweimal knallt, knallt's heftiger.

Am nächsten Tag in aller Frühe erfuhr ich, daß weit entfernt von der Stelle, wo die Schiffe gefallen sind, zwei Schiffe, in der Richtung auf Bitterfeld, den Gefährlichen des trunkenen Bünen vom Verabred, welchen die ununterbrochen sich fortbewegten und der verarmte Zustand der Jelle zum Ausbruch getrieben hatten. Die große Seebataille war vollbracht.

Die Meinung der hiesigen Bevölkerung

war verschieden. Sollen viele erst ich gefast, so sagte später die Schiffe davon nicht. Keinem wollte schenken, daß man zwei Schiffe in der Gegend feuern muß, um als Geld zu stellen. Viele Freunde hielten wiederum ab. Heute beschließt sich der Staatsanwalt, den hiesigen Seebataille. Ich habe die Paragrafen wieder anzuwenden. Ich weiß es nicht. Dafür weiß ich aber, daß der Däne für den 1. April 1928 seinen Dienst aufhört. Der Däne soll denn auch ein Mensch sein, der Papierrollen so sehr unerkennbar den Bürgern präsentieren. Da gibt es doch noch mehr Däne, wo man sie herkommen lassen kann.

Ich schloß die ganze Geschichte mit noch noch noch noch noch. Erfahren sollt Ihr aber noch alle, die Bauern müßte ich noch, daß nun die Wohnung, die durchs für den Dänen freigemacht werden mußte, zum Hofe der Wohnungsgläubigen nun noch monatelang verbleiben wird.

Luz aus Remberg.

Die Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

Die Großindustrie in Verbindung mit dem Bankkapital läßt kein Mittel unversucht, um auch die Kommunen unter ihren Einfluß zu bekommen. Der größte Teil der Renten verwehrt daher den Gemeinden jeglichen Kredit. Sogenannte „Geldvermittler“ benutzen diese Situation, um glänzende Geschäfte zu machen. Unter falschen Vorwänden verdrängen sie die anliegebundenen Gemeinde, Gelder zu verschlingen. Hauptbedingung ist natürlich: Sofortige Festsetzung von Prozentsätzen. Kommt wirklich einmal eine Antiehe zustande, so lauten die günstigsten Bedingungen: 9 bis 10 Prozent Zinsen, bei einer Auszahlung von 80 bis 90 Mark. Das heißt: für je 100 Mark Schuldverschreibung werden nur 80 bis 90 Mark bares Geld ausgezahlt. Später kommt selbstverständlich noch eine „angenehme“ Provision für den Vermittler. — Ein Zeichen unzerstörlicher „habilen“ Geldvermittler.

Herr Czermann hofft weiterhin 200 000 Mark zinsloses Darlehen von der Industrie zu erhalten. Wenn diese 200 000 Mark zu irgendeinem nationalen oder städtischen Zwecke verwendet werden sollten, so könnte man diese Summe mit ihm teilen. Da aber nur 40 Prozent der Wohnungen neu gebaut werden sollen, muß man hinter diese Summe drei große Fragezeichen setzen. Als drittes sollen 200 000 Mark aus den laufenden Steuererträgen genommen werden. Es soll also der arbeitenden Bevölkerung unter dem Deckmantel des Wohnungsbaues eine ganz erhebliche

Steigerung der Gemeindefiskalen

ermächtigt gemacht werden. Man wird aus den breiten Massen neue Steuern herauspressen, damit der Bürgerstad-Magistrat Gelder zur Verfügung hat, um den Einkommen in der Bismarckstraße, genannt „Grennall“, bezahlen zu können und um der Großindustrie auch in diesem Jahre ein Geschenk in Höhe von 100 000 Mark als „Steuerrückzahlung“ zu veranlassen.

Nehmen wir nun trotzdem an, die vorgezeichneten Gelder wären zu beschaffen, so fehlen immer noch ca. 700 000 Mark an der Finanzierung von 200 Wohnungen. Diese Summe soll als Eigenkapital von den Bauherren aufgebracht werden.

Von diesen sind die Baugesellschaften und das Bankkapital. Die im vorigen Jahre erhaltenen Wohnungen sind zu 62 Prozent von den Baugesellschaften und zu 38 Prozent von privaten Bauherren errichtet. Finanziert wurden sie fast ausschließlich von der Stadt. Die in Bitterfeld bestehenden Bauvereine sind nach ihren eigenen Angaben dieses Jahr nicht in der Lage, die vorgezeichnete Summe auch nur annähernd aufzubringen. Im höchsten Falle ist es ihnen möglich, 2% Prozent, das sind 45 000 Mark, der Summe zu beschaffen. Die Stadt müßte dann selbst 75,5 Prozent zur Finanzierung

der Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

der Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

Die Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

Die Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

Die Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

Die Wohnungsnot in Bitterfeld und ihre Bekämpfung

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: halbes Monatslohn 2,50 Mark, durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Postumschlag. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. S. m. b. H., Halle, Verlagsstraße 14.

Abzugspreis: 18 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Zeitst. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Verlagsstraße 14. Tel. (Halle) 21045, (Halle) 21047. (Post-Adr.) 22251. Telegramm: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Verlagskonto: Postg. 1068 65 Halle, K. o. B.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 10. Januar 1928

8. Jahrgang + Nr. 8

Was zahlt die SPD. für Ministerfessel?

Die SPD. ermöglicht Schulgesetz und Kontordat — Das Proletariat für den Sturz des Bürgerblods

(Eig. Draftm.) Berlin, 10. Januar.

Die schwarze Schulreaktion ist sich einig. Das Schulreformgesetz wird durchgehend in die Hände. Sie muß die Arbeiterschaft täglich beschuldigen, weil sie selbst in Preußen vor dem Abschluß eines Kontordats steht.

Erwähnung des Reichsschulgesetzes und Abschluß des preussischen Kontordats, das ist einer der Punkte, den die SPD. auf Kosten der Arbeiterschaft für ihre preussische Ministerfessel und für die Hoffnung auf eine fünfjährige Koalition im Reich zahlt.

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft, besonders die Freidenker, dürfen sich auf keinen Fall durch den sozialdemokratischen und volksparteilichen Schwund von den angeblichen „großen Gegenständen“ täuschen lassen. Die Disziplin im Bürgerblod geht lediglich um die Kleinigkeit, welche strafliche Stellung die Schulreform ausüben soll. Das an dieser geringfügigen Frage der in allen Grundzügen einig Bürgerblod auseinanderfallen wird, können nur bewusste Betrüger behaupten.

Gestern fand unter dem Vorhange von K. u. D. eine „private Besprechung“ mit Vertretern sämtlicher Bürgerblodparteien statt. Der Vorsitz der deutschen Zeitungsverleger erklärt heute offiziell über diese Sitzung:

„In den Kreisen der Regierungsparteien beurteilt man die Angelegenheit auf eine Einigung über die Streitfrage des Reichsschulgesetzes optimistisch und erwartet, daß diese Einigung in wenigen Tagen vorliegen wird.“

Der heutige „Vorwärts“ wagt zum erstenmal seine täglichen Äußerungen zum Auseinanderfallen des Bürgerblods durch das Reichsschulgesetz nicht mehr zu wiederholen. Er zerrt auch nicht mehr Guevard, sondern stellt Marx, dessen Arbeit hinter den Kulissen bekannt ist, in den Vordergrund.

Die „Vollstreckung“ schreibt gleichfalls:

„Anfänglich ist, daß der Fraktionsführer von Guevard offensichtlich eine ganz andere Taktik vertritt, als Reichskanzler Marx, der ausfallend im Hintergrund bleibt. Die offiziellen Stellen versichern, daß das erstrebte Schulreformgesetz an K. u. D. keine und ein Reformgesetz in der Zukunft nicht vermieden wird. Bei der Zweiparteiigkeit der Deutschen Volkspartei ist das durchaus möglich.“

Das heutige „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Die Deutsche Volkspartei hat zwar beteuert, daß sie auf ihrem Standpunkt beharre, doch glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht, daß sie fest bleibt.“

Der heutige „Vollstreckung“ stellt die Einigung der Regierungsparteien fest und schreibt:

„Sollte indes das Reichsschulgesetz an den nachträglichen Einzelbeschlüssen in der Kollisionsfrage scheitern, so würde dadurch eine Koalitionstrategie gänzlich gegeben sein.“

Die Arbeiterschaft kann also klar sehen: Die schwarze Schulreaktion konzentriert alles auf Abschluß. Der Geheimhalt des Bürgerblods, von dem die kommunistische Presse als erste und einzige die Arbeiterschaft unterrichtet, ist eine Taktik, die durch keine sozialdemokratischen Äußerungen der Welt gestützt wird. Das Schulgesetz soll durchgehend, die Entscheidung soll in Angriff genommen werden. Der Bürgerblod soll alle Wünsche erfüllt erhalten. Er bleibt, auf ausdrücklichen Wunsch der sozialdemokratischen Führer, die das wiederholt im sozialdemokratischen Presse-dienst forderten, weiter am Ruder. Von Reichstagsauflösung ist keine Rede mehr. Es wagt heute keine einzige ernstzunehmende Zeitung mehr zu flühen.

Jetzt haben die Arbeiterorganisationen und die Betriebe das Wort. Ein Proteststurm muß entfacht werden gegen die Bürgerblodregierung und ihre verlogenen Soldschreiber, die Führer der Masse-Partei. Unter der Fahne der kommunistischen Partei müssen sich die Massen sammeln zum Kampf gegen den Bürgerblod-Reichstag und zum Sturz der Bürgerblodregierung.

Bureau Luther,

der außerparlamentarische Klub des Bürgerblods

Der Aufruf des Bundes zur Erneuerung des Reiches“ hat in der ganzen Presse ein breites Echo gefunden. Die grundsätzliche Zustimmung ist allerdings bei Demokraten, Zentrum, aber auch bei der Volkspartei von einem kindlichen Bitternis getrübt. Die Gründung des Bureau Luther steht, wie der Name schon sagt und wie die Wahl des Vorsitzenden beweist, am nächsten dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen. So kann man sich in der „Täglichen Rundschau“ lesen, daß bei einem Zusammenstoß, wie dem vorliegenden, „keine Gefahr vorliegt, weil man in dem Bestreben, eine gemeinsame Linie herauszuarbeiten und die Widersprüche

honend auszugleichen, nur schwer zu einem klaren Programm kommen kann, das allein den Erneuerungsbund entscheidend zu machen vermag“. Noch ein wenig unfreundlicher brüden sich Zentrumseule und, versteht sich, die tapferen Demokraten aus.

Am allerunfreundlichsten aber stellen sich die Reichslisten dem Erneuerungsbund gegenüber. Es ist klar, warum. Der Erneuerungsbund, das ist die eigentliche Konkurrenz. Deshalb schreibt beispielsweise der „Jugendliche“ zum Bureau Luther:

„Dieses neue „Bureau Luther“ zeigt, daß die großen Verbände und Konzerne der Wirtschaft, nachdem sie ihre eigene Rationalisierung durchgeführt haben, nun daran gehen, auch den Staat nach ihrem Willen zu rationalisieren. Der Parlamentarismus haben sie sich auf dem Wege über die Parteien bereits dienbar gemacht und sehen nun darüber noch einen geschicht aufzubauen, außerparlamentarischen Klub.“

Die jungdeutschen Brüder hätten gar zu gerne gesehen, daß sie der Bourgeoisie die „Jugendliche“ ziemlich in die Hände spielen. Sie ist die ähnlich wie es den entscheidenden Einfluss der Bourgeoisie aus-

Der Luther dann kritisch über die großen Konzerne nach dem, was sie heute schon tun. Man weiß, daß in nächster Zeit, viel von sich auf den großen Staat kontrolliert.“

Es geht über die Tatsache, daß in der gegenwärtigen Zeit der geläuterten Arbeiterschaft mit dieser brutalen Klassen-taktik. Was selbst der sozialdemokratische Herr Luther sich als Herr Luther hat die heilige Schanze gesetzt. Rasse, Peims, Ober-Klassenverrat soweit parlamentarischer Herrschaft. Ausbruch der Groß-Industrieorganisation als präsentieren.

Was dieser Herr aber zu übersehen vermag, das ist einmal die Frage, wie denn nun wirklich für diese „außerparlamentarischen Fortschritte in der Streikführung gelangt sein und ob der für die Arbeiter günstigen Streikfrage das mangelnde Kampfergebnis, der Schiedspruch, empfinden hat. Auch vermag er wohlweislich die Früchte, die im Schiedspruch den Unternehmern zugedacht sind, z. B. die lange Tarifzeit. Bekanntlich wurde der offene Kampf von der feigen reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nur unter dem Druck der Gewerkschaftsopposition aufgenommen und bei der ersten Gelegenheit mit einem faulen Schiedspruch verraten. Die Feststellungen des Ingenieurs beweisen ebenfalls die Richtigkeit unserer Kampfstrategie und sollten besonders den Metallarbeitern, die kurz vor einem Lohnkampf stehen, zu denken geben.

Der Kritische Arbeiter beschließt sich dann besonders mit der Reichsministerfrage der Kohlenpreiserhöhung, die besonders die letzte, wenn auch geringe Lohnerhöhung notwendig denn je gemacht habe. Dann geht er über zur Feststellung der Produktions- und Rationalisierungsergebnisse, aus denen wir sehen werden, ob das Verlangen der Bergarbeiter nach Kohlenpreiserhöhung wirklich „berechtigt“ ist. Nach seinen Angaben hat sich im Gebiet des Deutschen Braunkohlenindustrievereins eine Steigerung der Produktion von nahezu 7 Prozent (von 95,6 auf 102,2 Millionen Tonnen) ergeben. Diese ist hauptsächlich auf die Steigerung der Tagesaufbereitung zurückzuführen, die von 80,5 auf 88,3 Millionen Tonnen stieg, während die Tiefbauförderung von 15,1 auf 13,9 Millionen Tonnen zurückging. Die Produktionsteigerung nahm um 5 Prozent zu und die Kohlenförderung um 1,6 Prozent. Wir sehen also, daß die gute Konjunktur des Jahres 1927 sich auch äußerlich günstig auf den Braunkohlenbergbau ausgewirkt hat. Und das wird zugegeben.

Die Produktionssteigerung wurde durch scharfe Rationalisierungsmaßnahmen begünstigt, die, wie man behauptet, die Befolgungen des Bergbau durch Lohnerhöhung usw. aber nicht auszugleichen vermocht hätten. Aber schon die hier gemachten Angaben widersprechen dieser Behauptung. So ist zum Beispiel auf der Grube Otto-Lannenberg im Gestalt ein Vordränger in Betrieb genommen worden, der eine Stundenleistung von 650 Kubikmetern hat. Diese Maschineneinheit ergeben eine Ertragsleistung gegenüber den Handpumpen von 65 Prozent an Arbeitssparungen und etwa 30 Prozent an Ges-



Von der Explosionstafeltrophe in Dahlem

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Jahre 1927

Stellt zwischenarbeitsliche Lohnforderungen!

Halle, 10. Januar.

Wir sind mit einem hallischen Ingenieur, der in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ einen Artikel über „Fortschritte im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ veröffentlichte, der Meinung, daß das Jahr 1927 für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau charakterisiert wird durch den Oktober-Streit. Dieser kurze Kampf hat aber nicht in erster Linie „die auseinanderstrebende Politik“ des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers, wie der Herr Ingenieur meint, aufgesetzt, sondern er hat für die Arbeiterschaft Erkenntnis vermittelt, die mit verhältnismäßig geringen Kosten und dem Arbeitsfreier beschaffen ist:

„Die Durchführung des Streites seitens der Arbeiterorganisationen hatte in praktischer Hinsicht gegenüber früheren Streiks außerordentliche Fortschritte zu verzeichnen. Diese erstreckten sich auf die größere Ruhe und Ordnung technischer Mittel bei der Durchführung des Streiks, auf eine vorzügliche Vorbereitung der öffentlichen Meinung und auf die sehr wirksame Durchführung eines psychologischen Terrors (12), der sich im allgemeinen ein Gewalttätigkeiten freisetzt. Wirkungslos unterließ die Streikenden auch von den sozialistischen Konsumaktionen. Der Oktober-Streit hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Konsumaktionen als zweite Linie der Gewerkschaften im Arbeitskampf auftreten. Das starke Umfängreifen der Konsumverweigerung muß deshalb vom Arbeitgeber im Bergbau in Zukunft aufmerksamer verfolgt werden.“

Wir registrieren heute nur diese Zeilen, die nur mit Mühe die gewaltige Kampfkraft der Bergarbeiterschaft zu verbergen versucht und die uns zwischen den Zeilen die blasse Furcht der Bourgeoisie vor planmäßiger, vorbereiteter offener Kampfen der Arbeitermassen erkennen läßt. Damit wird von Unternehmern geradezu bestätigt, daß ein Lohnkampf, in dieser Form — mit den Mitteln des Streites — geführt, die stärkste Waffe des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist.

Was dieser Herr aber zu übersehen vermag, das ist einmal die Frage, wie denn nun wirklich für diese „außerparlamentarischen Fortschritte in der Streikführung gelangt sein und ob der für die Arbeiter günstigen Streikfrage das mangelnde Kampfergebnis, der Schiedspruch, empfinden hat. Auch vermag er wohlweislich die Früchte, die im Schiedspruch den Unternehmern zugedacht sind, z. B. die lange Tarifzeit. Bekanntlich wurde der offene Kampf von der feigen reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nur unter dem Druck der Gewerkschaftsopposition aufgenommen und bei der ersten Gelegenheit mit einem faulen Schiedspruch verraten. Die Feststellungen des Ingenieurs beweisen ebenfalls die Richtigkeit unserer Kampfstrategie und sollten besonders den Metallarbeitern, die kurz vor einem Lohnkampf stehen, zu denken geben.

Der Kritische Arbeiter beschließt sich dann besonders mit der Reichsministerfrage der Kohlenpreiserhöhung, die besonders die letzte, wenn auch geringe Lohnerhöhung notwendig denn je gemacht habe. Dann geht er über zur Feststellung der Produktions- und Rationalisierungsergebnisse, aus denen wir sehen werden, ob das Verlangen der Bergarbeiter nach Kohlenpreiserhöhung wirklich „berechtigt“ ist. Nach seinen Angaben hat sich im Gebiet des Deutschen Braunkohlenindustrievereins eine Steigerung der Produktion von nahezu 7 Prozent (von 95,6 auf 102,2 Millionen Tonnen) ergeben. Diese ist hauptsächlich auf die Steigerung der Tagesaufbereitung zurückzuführen, die von 80,5 auf 88,3 Millionen Tonnen stieg, während die Tiefbauförderung von 15,1 auf 13,9 Millionen Tonnen zurückging. Die Produktionsteigerung nahm um 5 Prozent zu und die Kohlenförderung um 1,6 Prozent. Wir sehen also, daß die gute Konjunktur des Jahres 1927 sich auch äußerlich günstig auf den Braunkohlenbergbau ausgewirkt hat. Und das wird zugegeben.

Die Produktionssteigerung wurde durch scharfe Rationalisierungsmaßnahmen begünstigt, die, wie man behauptet, die Befolgungen des Bergbau durch Lohnerhöhung usw. aber nicht auszugleichen vermocht hätten. Aber schon die hier gemachten Angaben widersprechen dieser Behauptung. So ist zum Beispiel auf der Grube Otto-Lannenberg im Gestalt ein Vordränger in Betrieb genommen worden, der eine Stundenleistung von 650 Kubikmetern hat. Diese Maschineneinheit ergeben eine Ertragsleistung gegenüber den Handpumpen von 65 Prozent an Arbeitssparungen und etwa 30 Prozent an Ges-